

Zur Neuorientierung  
der deutschen  
und internationalen  
Entwicklungspolitik

## Kolonialismus in neuem Gewand?

Peter Molt

Seit dem Jahr 2005 – nach Verabschiedung des *European Consensus* zur Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und der *Paris Declaration of Aid Effectiveness* – befindet sich die internationale Entwicklungspolitik in einer Phase der Neuorientierung, die eine bessere Geberkoordination und vermehrte Eigenverantwortung der Empfängerländer erreichen will. Die Konzeption dieser „neuen Entwicklungsarchitektur“ fand in der deutschen Öffentlichkeit bisher wenig Beachtung, gewinnt aber mehr und mehr an Bedeutung.

Kernstück der neuen Entwicklungsarchitektur sind die neuen Regeln, welche die Pariser Erklärung für die Entwicklungshilfeleistungen aufstellt, um die vereinbarte Erhöhung der EZ-Transfers wirksamer umzusetzen. Die Eigenverantwortung der Partnerstaaten und die Rechenschaftspflicht der Geber soll dadurch gestärkt werden, dass die Maßnahmen der Entwicklungshilfe an die nationalen Strategien, Planungsprozesse, Budgets und Institutionen der Partnerländer gebunden werden. Damit soll eine *Ownership through alignment* erreicht werden. Die Geber sollen Planungsprozeduren, Durchführung, Auszahlungsmechanismen und Evaluierung untereinander abstimmen, um die Transaktionskosten zu vermindern, die Transparenz zu erhöhen und die Kapazitäten des Managements der Partnerstaaten zu stärken (Harmonisierung). Sie sollen ihre Maßnahmen besser koordinieren, um parallele oder widersprüchliche Projekt- und Programmstrukturen zu vermeiden. Ge-

meinsame Sektorprogramme sollen gestärkt, Überlappungen vermieden und eine bessere Arbeitsteilung erreicht werden (Geberkoordination). Schließlich sollen die Geber ihre institutionellen Strukturen auf die Ebene der Partnerstaaten verlagern, um die Koordination vor Ort, Flexibilität und Problemlösung zu erleichtern (Dezentralisierung).

In der Praxis bedeutet dies, dass die Staatsverwaltung der Empfänger, insbesondere die Finanzverwaltung, qualifiziert und die Bekämpfung der Korruption intensiviert wird. Die zentrale Planung und Steuerung der Entwicklungsvorhaben wird über den Staatshaushalt des Partnerlandes vorgenommen. Bessere Bedingungen für ausländische Investitionen, die weitgehende Privatisierung von Versorgungseinrichtungen und eine Liberalisierung des Handels sollen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit steigern. Die soziale Lage der Bevölkerung wird durch flächendeckende Programme zur Gesundheitsversorgung und Primarschulbildung verbessert. All dies wird von der Erwartung getragen, dass damit ein höheres wirtschaftliches Wachstum und eine Minderung der Armut bewirkt werden.

Die neue Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit ist vor allem in Deutschland nicht unumstritten. Das betrifft vor allem die sogenannte Budgethilfe, das heißt Zahlungen direkt in den Haushalt des Empfängerlandes, die nach den Absichtserklärungen der Europäischen Kommission und des Bundes-

ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in den kommenden Jahren einen zunehmenden Anteil an der Entwicklungszusammenarbeit ausmachen sollen.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestags hat dazu im November 2007 eine Anhörung veranstaltet, der Haushaltsausschuss hat darüber vom Bundesrechnungshof ein Gutachten eingeholt und beschlossen, die Gewährung von Budgethilfe an neue Empfängerländer seiner Zustimmung zu unterwerfen. Der Bundesfachausschuss für Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte der CDU hat im Juli 2008 in einem Beschluss unterstrichen, dass die Budgethilfe an menschenrechtliche und demokratiepolitische Kriterien gebunden bleiben muss.

Sehr viel weiter mit der Kritik an der neuen Ausrichtung geht der „Bonner Aufruf“ eines Kreises um den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Winfried Pinger und den Journalisten Rupert Neudeck, der inzwischen von vielen aktiven und früheren Entwicklungspolitikern und Entwicklungsfachleuten unterschrieben wurde. In die gleiche Richtung geht ein Plädoyer des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU). Der Bonner Aufruf – allerdings beschränkt auf Sub-Sahara-Afrika – fordert die „Neuorientierung der Zusammenarbeit, wo immer möglich, weg von staatlichen Partnern und hin zu gesellschaftlichen Gruppen, die sich selbst organisieren und verwalten“, der BKU eine „Entwicklungszusammenarbeit von unten“, die, dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend, die „Armen“ und ihre Selbsthilfe- und Selbstverwaltungsorganisationen in den Mittelpunkt rücke. Die Befürworter einer radikalen Umsteuerung können sich darauf berufen, dass sie darin mit einer wachsenden Zahl von Kritikern aus den Entwicklungsländern übereinstimmen.

Der „Bonner Aufruf“ wurde von den Fachinstitutionen und Fachpolitikern überwiegend zurückgewiesen, allerdings nur mit plakativen oder allgemeinen Argumenten. Seinen Verfassern wird unter anderem vorgeworfen, sie seien nicht auf der Höhe der Zeit, sie verkennten die Rolle des Staates und legten zu viel Gewicht auf die Privatinitiative und die Zivilgesellschaft. In ihren „Omnipotenzfantasien“ überschätzten sie die Möglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit. Diese könne sich auch nicht nur in der Armutsbekämpfung erschöpfen, denn sie müsse letztlich zu einer globalen Strukturpolitik führen.

Im Grunde ist diese Kontroverse eine Neuaufnahme der Auseinandersetzungen, die es bereits am Anfang der Entwicklungszusammenarbeit in den 1960er-Jahren um Ziele, Potenzial und Methoden gab und die seither immer wieder ihre Agenda bestimmten. In dieser Diskussion sind glücklicherweise auch Fortschritte zu verzeichnen. Weitgehende Übereinstimmung gibt es darüber, dass die großen Herausforderungen der heutigen Welt wie Friedenssicherung, Umweltkrisen, Verteilungskonflikte, Stabilität der Finanzmärkte und nicht diskriminierende Handelsbeziehungen zwar die Entwicklungspolitik in vielfältiger Weise berühren, aber weit über ihre traditionellen Handlungsfelder hinausreichen. Konsens besteht auch darüber, dass die politischen Verhältnisse im Partnerland wichtig sind, das heißt, dass die Hilfe dann am besten wirkt, wenn dort eine den gesellschaftlichen Frieden garantierende effektive Staatlichkeit gegeben ist.

Unbestritten ist auch, dass die Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit größer sein könnte, wenn die Geber ihre nationalen Interessen der Koordination ihrer Bemühungen und dem Konsens mit dem Partnerland unterordnen würden.

Die Kontroverse bezieht sich allerdings nur auf die besonders armen Län-

der mit einigermaßen gefestigten staatlichen Strukturen und gering entwickelten wirtschaftlichen Ressourcen, die im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl und Wirtschaftsleistung relativ große Entwicklungstransfers erhalten.

### Schwerpunktländer der Neuen Entwicklungsarchitektur

Wenig relevant ist der neue Ansatz für die wachsende Gruppe von Ländern mit mittlerem Einkommen, rohstoffreichen Ländern und Schwellenländern, die sich durch ein relativ erfolgreiches Transformationsmanagement und ihre erfolgreiche Eingliederung in die Weltwirtschaft auszeichnen. Die Ressourcenzuflüsse der Entwicklungshilfe sind gemessen am Bruttosozialprodukt für sie verschwindend klein, sodass die Prinzipien der Pariser Deklaration kaum relevant sind. Das gilt auch für die fragilen und zerfallenden Staaten, die am anderen Ende der Skala der Entwicklungsländer stehen.

Im Kern der Entwicklungspolitik in der eigentlichen Bedeutung des Begriffs stehen die einigermaßen politisch stabilen armen Länder. Viele dieser Länder sind – wenigstens rhetorisch – zu einer Reformpolitik bereit. Die relativ großen Transfers haben für sie vielfach existentielle Bedeutung. Die Beschlüsse der G7-Treffen zur kräftigen Erhöhung der Hilfe wurden vor allem im Hinblick auf sie getroffen. Viele sind auch Schwerpunktländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, die meisten befinden sich in Sub-Sahara-Afrika. Auf sie bezieht sich hauptsächlich die Neue Entwicklungsarchitektur und um sie geht es vor allem in der gegenwärtigen Kontroverse.

Ob jedoch die Erwartungen in Erfüllung gehen, dass die neue Entwicklungsarchitektur für sie wesentliche Fortschritte bringen wird, ist mehr als fraglich. Gerade in Sub-Sahara-Afrika gibt es schwere Verwerfungen in Politik und Gesellschaft. Diese liegen gelegentlich offen

zutage, meistens sind sie jedoch hinter kunstvoll errichteten demokratischen Fassaden verborgen oder werden mit fein formulierten Armutsbekämpfungsstrategien übertüncht. Über 85 Prozent der Bevölkerung von Sub-Sahara-Afrika leben heute in Ländern mit *bad governance*. Der Abstand zwischen Arm und Reich, zwischen Unten und Oben, ist dort im letzten Jahrzehnt größer geworden. Die Teilhabe an den wirtschaftlichen Wachstumsprozessen ist auf die oberen Schichten ihrer Gesellschaften beschränkt. In den meisten Ländern sind die Reformkräfte nicht stark genug, um die Inhaber der Macht zu einer Politik, die wirtschaftliches Wachstum mit Chancengleichheit verbindet, zu drängen.

Motor für die neue Entwicklungsarchitektur waren Weltbank, IWF, der OECD und die Europäische Kommission. Für sie spielt Sub-Sahara-Afrika eine zunehmend wichtigere Rolle. Sie hoffen, damit das durch die Erfolglosigkeit ihrer bisherigen Programme entstandenes Legitimationsdefizit auszugleichen und ihre Führungsrolle in der Entwicklungszusammenarbeit zu unterstreichen. Dass „internationale“ Bürokratien wie alle bürokratischen Organisationen Eigeninteressen und typische Mentalitäten entwickeln und systemischen Zwängen unterliegen, wird in der entwicklungspolitischen Diskussion zumeist beharrlich übergangen.

Verständlicherweise mussten die Promotoren der neuen Konzeption sich kaum um die Zustimmung der Regierungen der afrikanischen Länder bemühen, wengleich einige gegenüber den damit verbundenen Auflagen Vorbehalte haben. Da aber die Beschlüsse der Pariser Konferenz und ihrer Nachfolgekonferenz in Accra, die *Accra Agenda of Action* (AAA), sich formal nicht nur auf Sub-Sahara-Afrika beschränken, sondern global gelten sollen, schien es ihnen opportun, die traditionelle Solidarität der Entwick-

lungsländer gegenüber den Industrieländern einmal mehr zu demonstrieren. Opportunistisch verhielten sich auch wichtige bilaterale Geber, die zustimmten, obwohl sie dem neuen Konzept skeptisch oder zumindest passiv gegenüberstehen. Das gilt vor allem für die USA und Japan. Auch Frankreich, das nach wie vor auf die besonderen Beziehungen zu seinen ehemaligen Kolonien setzt, hat bisher wenig Engagement gezeigt. China und die arabischen Ölstaaten, die als Geber gerade in Sub-Sahara-Afrika erhebliche Bedeutung haben, werden sich, da sie nicht der OECD angehören, ohnehin nicht an die neuen Regeln halten. Nicht nur im Hinblick auf die Empfängerländer, sondern auch auf die Geberländer ist die neue Entwicklungsarchitektur keine Global-, sondern nur eine Teilstrategie. Es ist nicht abwegig, die neue Entwicklungsarchitektur als Ergebnis einer Interessenkoalition der internationalen Organisationen mit dem immer vorhandenen Durst der Regierungen und Verwaltungen armer Entwicklungsländer nach mehr Mitteln und einer größeren Verfügungsmacht über ihre Verwendung zu deuten.

### Attraktion einer staatszentrierten Entwicklungs politik

Unter dem Gesichtspunkt des bürokratischen Managements staatlicher EZ-Transfers sind die neuen Regeln der Pariser Deklaration auf den ersten Blick einleuchtend und attraktiv, zumal sie gegenüber der früheren, projektbezogenen und die politische Dimension ausklammernden technischen und finanziellen Zusammenarbeit die Dimension der *governance* mit einzubeziehen scheinen. Ihr entscheidender Mangel liegt jedoch darin, dass sie *governance* im Wesentlichen auf das wirtschafts- und finanzpolitische Management der zentralstaatlichen Ebene beziehen. Sie vernachlässigen die politische und die gesellschaftliche Dimension des Entwicklungsprozesses.

Politisch greifen die Pariser Regeln zu kurz, weil es entscheidend darauf ankommt, ob die Entwicklungsstrategie eines Landes mit demokratisch legitimierten Institutionen und in Konsultation mit gesellschaftlich relevanten Kräften zustande gekommen ist oder autoritär verfügt wird. Es kommt darauf an, wie die Bevölkerung an Konzeption und Verwirklichung beteiligt wird und ob ihre Durchführung wirksam durch Parlamente, regionale und lokale Vertretungskörperschaften kontrolliert wird. Die Pariser Regeln vernachlässigen auch die gesellschaftliche Dimension der Entwicklung, weil die Anpassung der zumeist extrem pluralistischen, bezüglich ihrer Mentalitäten immer noch agrarisch geprägten Gesellschaften der sub-saharischen Länder an ein rational-legales Sozial- und Wirtschaftssystem ein komplexer und langwieriger Prozess ist.

Die Kontroverse um den richtigen Ansatz der Entwicklungspolitik reicht bis in die Anfänge der Entwicklungspolitik zurück. Die gelungenen Transformationen vorindustrieller Gesellschaften und Staaten unter autoritären Regimes weisen auf die Bedeutung eines effektiven Staates hin. Historische Beispiele sind Japan unter der Meiji-Diktatur, Deutschland im neunzehnten Jahrhundert, die asiatischen Tigerstaaten und neuerdings China, Vietnam und Indien. Ob diese Erfahrungen jedoch auf Entwicklungsländer übertragbar sind, muss infrage gestellt werden. Der Aufbau einer starken Staatsgewalt muss von innen heraus erfolgen. Es gibt bis jetzt kein überzeugendes Beispiel für einen erfolgreichen Staatsaufbau durch *political engineering* von außen. Es zeigt den Machbarkeitswahn der internationalen Finanzinstitutionen und der postkolonialen Paternalismus der ehemaligen Kolonialmächte, dass sie glauben, über die neue Entwicklungsarchitektur das Erreichen zu können, woran sie in den letzten fünfzig Jahren gescheitert sind. Die neue

technokratische Konzeption des *developmental state*, der durch sein effektives Management für eine entwicklungspolitische Förderung attraktiv sei, auch wenn er möglicherweise autokratisch regiert werde, ist zudem eine bedenkliche Abkehr von den bisher proklamierten Werten und letztlich ein Rückfall in die desaströse Förderung von Entwicklungsdiktaturen in den 1970er-Jahren.

Nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten gingen die ehemaligen Kolonialmächte davon aus, dass das zentralistische System der Verwaltung der Kolonialmacht und ihrer Erschließungspolitik weiterhin am besten geeignet sei, ihren Einfluss zu wahren und die Entwicklungsziele zu erreichen. Die Erbschaft des staatszentrierten Ansatzes der frühen Entwicklungszusammenarbeit wirkt bis heute fort. Zwar hat die seit den 1990er-Jahren von den Gebern den von ihrer Hilfe abhängigen Entwicklungsländern oktroyierte Marktwirtschaft den modernen Wirtschaftssektor zumindest oberflächlich von der Staatsmacht befreit, verzichtet aber auf eine die Intensivierung der Landwirtschaft und die Industrialisierung fördernde marktkonforme Wirtschaftspolitik. Die Unterstützung der Infrastruktur, des Erziehungs- und Gesundheitswesens, des Sozialwesens und des ländlichen Raumes erfolgt weiter im Wesentlichen über die zentralstaatlichen Instanzen. Die Vorstellung, dass über sie mit vielen kleinen Schritten eine bessere *governance* und damit ein höheres Wirtschaftswachstum erreicht werden könne, verkennt, dass die dagegen bestehenden Barrieren vielfach systemisch bedingt und deshalb fast unverrückbar sind.

Welche Möglichkeiten gibt es, vor allem im Blick auf die Minderung der Armut, diese Barrieren abzubauen oder zu umgehen? Bereits in den 1960er-Jahren gab es gewichtige Stimmen, die in einer Förderung der Kleinbauern, der

Handwerker, des informellen Sektors, der Selbsthilfebewegung in Dörfern und Stadtteilen den eigentlichen Schlüssel zur Entwicklung sahen.

## Entwicklungspolitik nach Werten

Am nachdrücklichsten hat sich dafür der heute weithin vergessene deutsche Soziologe Richard F. Behrendt eingesetzt. Ansätze zu einer stärkeren Förderung regionaler und kommunaler Eigenständigkeit und einer Mobilisierung und Mitbeteiligung der Bevölkerung durch basisnahe Nichtregierungsorganisationen (NROs) und Selbsthilfegruppen gab es immer wieder, etwa durch die Mikroprojekte und die NRO-Förderung der Europäischen Kommission. Sie fanden nur vorübergehend in den 1990er-Jahren im Blick auf das weltweite Armutsproblem mehr Beachtung, sind aber inzwischen ins Stocken geraten oder an den Rand der offiziellen Entwicklungsstrategien gedrängt worden.

Interessanterweise ist auch die Weltbank zur Jahrtausendwende in ihrer umfassenden Studie zur Armutsbekämpfung *Voices of the Poor* zu ähnlichen Einsichten wie Behrendt gekommen: „Die Herausforderung für Außenstehende besteht darin, an den Initiativen der Bevölkerung anzusetzen, an ihrer harten Arbeit und an ihrer Beharrlichkeit, angesichts der scheinbar unüberwindbaren Probleme sich Zugang zu den sich durch die Märkte eröffnenden Möglichkeiten, zu den Dienstleitungen der Regierung und den Ressourcen der Zivilgesellschaft zu verschaffen. Die Herausforderung für Politik und Praxis ist es, die Machtlosen zu ermächtigen, in ihrem Kampf einen Platz der Würde und Achtung in der Gesellschaft zu erlangen“ (Worldbank, 2000: *Voices of the Poor. Part II: Crying out for change*. Washington D. C., 2000).

Die Weltbank ist allerdings in ihrer Praxis dieser Einsicht nicht gefolgt. Das Zitat erklärt aber, warum ehemals füh-

rende Vordenker der Weltbank wie etwa William Easterley, Josef Stieglitz oder Robert Calderisi diese Auffassung weiter vehement vertreten. Sie halten die Machtstrukturen an der Spitze der Staaten für die Hauptbarriere für Entwicklung. Die Bemühungen großer internationaler Bürokratien, über große nationale Bürokratien Entwicklungsfortschritte zu erzielen, seien eine Utopie. Zahllose Versuche, durch verbesserte Methoden und Kontrollen, die Regierung als Motor des wirtschaftlichen und sozialen Wachstums zu nutzen, seien gescheitert. Es bleibe den Gebern nur übrig, diejenigen Kräfte zu unterstützen, die sich für Reformen einsetzen.

Diese Erkenntnisse werden durch zahlreiche empirische Untersuchungen und Erfahrungsberichte über Gemeinwesenentwicklungsprojekte, lokale Genossenschaftsförderung, durch die Kirchen, durch Nichtregierungsorganisationen und Nord-Süd-Partnerschaften unterstützt. Sie zeigen, dass für die Dynamik einer Gesellschaft und für die Minderung der Armut die *ownership* lokaler ländlicher und städtischer Gemeinschaften unverzichtbar ist.

Die unmittelbare Beteiligung lokaler Gemeinschaften hat darüber hinaus große Bedeutung für das Entstehen einer demokratischen, Freiheit und Chancengleichheit sichernden Gesellschaftsordnung. Schon Alexis de Tocqueville sah in der Selbstverwaltung und Dynamik des gemeindlichen Lebens einen der Pfeiler zum Erfolg der amerikanischen Demokratie. Gleichmaßen spielte die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung bei den Befürwortern einer modernen, demokratisch-genossenschaftlichen Legitimierung als Gegengewicht gegen den autoritär-bürokratischen Staat in Deutschland eine zentrale Rolle.

Gustav Gundlach und Oswald von Nell-Breuning, die an der Formulierung der christlichen Gesellschaftslehre we-

sentlichen Anteil hatten, maßen der Frage nach der inneren Ordnung mit der Formulierung des Subsidiaritätsprinzips als eines der Pfeiler der Sozialordnung eine grundsätzliche Bedeutung zu. Dass sie ihm eine universale Gültigkeit zuschrieben, kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, dass Oswald von Nell-Breuning zur Erläuterung des schon damals oft missverstandenen Subsidiaritätsprinzips als Referenz nicht einen der Kirchenlehrer, sondern Abraham Lincoln zitierte: „Die legitime Aufgabe der Regierung ist es, das für eine Gemeinschaft von Menschen zu tun, wessen immer sie bedürfen, aber überhaupt nicht tun können oder wegen ihrer unterschiedlichen und individuellen Fähigkeiten nicht gut für sich selbst tun können. Aber in alles, was die Menschen individuell gut für sich selbst tun können, sollte die Regierung nicht eingreifen.“

All denjenigen, welche die Entwicklungspolitik nicht nur als Beitrag für die Stabilität und das Wirtschaftswachstum von Staaten sehen, kann die innere Ordnung der unterstützten Länder nicht gleichgültig sein. Für einen am Gemeinwohl ausgerichteten Staat steht der Mensch im Mittelpunkt, seine Freiheit zur Lebensgestaltung und zur Entfaltung seiner Fähigkeiten, sein Recht auf ein würdiges Leben, eingebunden in seine Familie, seine Nachbarschaft, in die religiöse Gemeinschaft und in soziale Gemeinschaften. Ein diesem Menschenbild verpflichteter Staat regelt das Zusammenleben seiner Bürger nach dem Subsidiaritätsprinzip und dem Solidaritätsprinzip. Das bedeutet weit mehr als „Dezentralisierung“, die machtpolitisch vielfach manipuliert werden kann.

Im Mittelpunkt einer solidarischen Entwicklungszusammenarbeit steht die Option für die Armen, die auf den strukturbildenden Prinzipien der Personalität, Subsidiarität und Solidarität gründet. Zentralstaatliche Bürokratien

waren noch nie Träger eines grundlegenden sozialen und politischen Wandels.

Bereits in ihren ersten Aussagen zur Entwicklungspolitik betonten die Christlich Demokratische Union Deutschlands und die Konrad-Adenauer-Stiftung am Beginn ihrer internationalen Arbeit, dass der Mensch, die Förderung seiner Würde, seiner Freiheit und seiner Lebenschancen, im Mittelpunkt stehen müsse. Die Entwicklungspolitik sollte aus dem Geist der Solidarität gestaltet werden, in Partnerschaft mit denjenigen politischen und gesellschaftlichen Führungskräften, die sich einer freiheitlichen, demokratischen, die Armen und Rechtlosen einschließenden, sozial gerechten und solidarischen Gestaltung des Gemeinwesens verpflichtet fühlen. In den Entwicklungsländern sollte eine Ordnung des Gemeinwesens unterstützt werden, die sich am Prinzip der Subsidiarität, ohne die sich Personalität und Solidarität nicht entfalten können, orientiert. Ein Gesprächskreis, zu dem die Konrad-Adenauer-Stiftung Theologen, Sozialphilosophen, Entwicklungspolitiker und Fachleute kürzlich zusammenführte, stimmte darin überein, dass diese Prinzipien auch heute noch eine wertorientierte Entwicklungspolitik leiten können und sollen (siehe Wahlers, Gerhard/Reifeld, Helmut [Hrsg.]: *Jenseits der Millenniumsziele. Wertorientierung für die künftige Entwicklungspolitik*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2009).

Die Anwendung der Prinzipien der christlichen Soziallehre auf die Entwicklungspolitik ist nicht nur sozialphilosophisch gefordert, sondern empirisch bestätigt. Das Subsidiaritätsprinzip, das inhaltlich universal begründbar ist, kann als allgemeines Prinzip sowohl die Beziehungen zwischen Geber- und Nehmerländern der Entwicklungshilfe, als auch die Ordnung innerhalb der Entwicklungsländer zum Nutzen aller Beteiligten ordnen. Nach dem Subsidiaritätsprinzip vergebene Entwicklungshilfe heißt die

Eigenanstrengungen der Entwicklungsländern nur zu ergänzen, nicht zu ersetzen. Die Partnerländer werden, wenn sie dieses Prinzip im Innern anwenden, von der äußeren Hilfe den größten Nutzen haben. Wer von Ordnungspolitik spricht, kann nicht nur deren globale Dimension sehen, sondern muss ihre Bedeutung auch für die innere Struktur der Gesellschaften anerkennen. Das heißt, dass durch eine lokale und regionale Selbstverwaltung, durch eine mit der Bevölkerung eng verbundene Zivilgesellschaft, durch ein Mikrofinanzwesen und so weiter nicht nur die Eigenkräfte und der Entwicklungswille der Bevölkerung mobilisiert, sondern das Vertrauen aller Bürger in ihre Gesellschaft und ihren Staat hergestellt und gestärkt werden kann.

Das ist der Hintergrund der Kritik an der neuen Entwicklungsarchitektur. Sie verkennt nicht, dass globale Struktur- und Ordnungspolitik, weltweite Sicherheit und die Stabilisierung des Staatensystems unverzichtbare Aufgaben der deutschen auswärtigen Politik sind. Sie sieht auch die starken Zwänge, die von der neuen internationalen Entwicklungsarchitektur für die deutsche Politik ausgehen. Aber das schließt nicht aus, dass die Bundesregierung der neuen Doktrin, die sich wahrscheinlich als so wenig nachhaltig wie frühere erweisen wird, da sie nur am Wirtschaftswachstum und einer vordergründigen makroökonomischen und politischen Stabilität orientiert ist, kritisch gegenübersteht und sie so weit wie möglich zu korrigieren versucht. Sie sollte so viel Unterstützung wie immer möglich zur Gestaltung menschenwürdiger Gesellschaften und zur Minderung der Armut leisten. In allen Entwicklungsländern gibt es heute Kräfte, die bereit sind, für dieses Ziel Chancen zu ergreifen und Verantwortung zu übernehmen. Sie gilt es durch eine andere, nicht am Staat, sondern am Menschen orientierte Entwicklungspolitik zu unterstützen.